Norddeutsche Allgemeine Zeitung.

Inserate übernehmen ausserhalb Berlins: Bonn: M. Cohen. — Bremen: E. Schlotte. Wilh. Scheller. — Stettin: S. Salomon. — Frankfurt a. M.: G. L. Daube & Co. — Hamburg: Haasenstein & Vogler, Joh. Nootbaar, Adolf Steiner, William Wilkens. — Görlitz: C. Schoenwald. — Mainz: D. Frenz. — Minden: C. Marowski.

Wien: M. Dukes, I., Wollzeile No. 6—8; A. Oppelik, I., Stubenbastei 2. — Frankreich, England und Belgien: Alleinige Annahme bei der Compagnie générale de Publicité Etrangère. John F. Jones & Cie. in Paris, 31bis rue du Faubourg Montmartre. — Schweiz: Orell Füssli & Co., Zürich.

Nr. 89. [37. Jahrgang.] Berlin, Sonntag den 17. April 1898. [37. Jahrgang.] Nr. 89.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ erscheint wochentäglich Abends und am Sonntag Morgen; bei besonderen Ereignissen in Extra-Ausgaben. Der Abonnementspreis beträgt für das Deutsche Reich und die österreichisch-ungarische Monarchie vierteljährlich 4 Mark, für das übrige Ausland mit dem entsprechenden Postaufschlag. Abonnements werden bei den Postanstalten angenommen. Für Berlin nehmen sämmtliche Zeitungs-Spediteure und die Expedition, Wilhelmstraße 32, Abonnements zum Preise von 4 Mark vierteljährlich, sowie die Post-Expeditionen von 4 Mark 40 Pf. inkl. Bestellgebühr entgegen. Preis der einzelnen Nummer 10 Pf. Inserate nimmt die Expedition zum Preise von 40 Pf. pro fünfgespaltene Petitzeile an. Beiträge für die Redaktion der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ sind an diese: Berlin 48, SW. Wilhelmstraße 32, zu richten, und wird gleichzeitig Honorarangabe erbeten. Nachträgliche Honoraransprüche finden keine Berücksichtigung; unbenutzte Einsendungen können nicht aufbewahrt werden.

Fernsprech-Anschluß Amt 6 Nr. 3248.

Für die Monate **Mai** und **Juni** werden bei allen Reichs-Postanstalten Abonnements auf die

„Norddeutsche Allgemeine Zeitung“

zum Preise von 2 Mark 67 Pf. entgegengenommen; — in Berlin in der Expedition Wilhelmstraße 32, außerdem bei sämmtlichen Zeitungs-Spediteuren; — in Potsdam bei A. Pusch, Kanal 10.

Politischer Tagesbericht.

Berlin, den 16. April.

Das königliche **Staatsministerium** trat unter dem Vorsitz seines Präsidenten, Fürsten zu Hohenlohe-Schillingsfürst, heute Nachmittag 2 Uhr zu einer Sitzung in seinem Dienstgebäude am Leipzigerplatz zusammen.

Die „Kölnische Zeitung“ reproduzirt einen Artikel der „Peking and Tientsin Times“, wonach Deutschland in Peking es endlich durchgesetzt hat, daß die ins Innere des **chinesischen Reiches** gehenden ausländischen Waaren nicht mehr von sogenannten Transitpässen begleitet zu sein brauchen. Die Engländer hatten sich bisher vergeblich bemüht, dieses Ziel zu erreichen.

Frankreichs Antheil in China.

Aus Paris wird uns von unserem P. K.-Korrespondenten geschrieben:

Alle maßgebenden Preßorgane drücken Herrn Hanotaux rückhaltslos ihre volle Anerkennung über die Geschicklichkeit aus, mit der er Frankreich den ihm gebührenden Antheil in China zu sichern verstanden hat. Die „Brosamen“, die dabei von der reichbesetzten Tafel für Frankreich abfielen, nehmen sich neben den „Welten“, die die anderen Mächte errangen, ganz ansehnlich aus. Frankreich, das frühere Verträge anrufen konnte, hat das Beispiel der anderen Mächte befolgt und so das eigenartige Gleichgewicht im himmlischen Reiche hergestellt. Die Theilung Chinas, bemerkt der „Temps“, ist ein viel gewaltigeres Stück, als die Theilung Polens, und man kann nur mit Schrecken an eine derartige Operation denken, bei der so viele verschiedenartige Interessen auf dem Spiele stehen, und so tief entzweite Mächte betheiligt sind. Man möchte gern glauben, daß in dem ganzen Handel nach einem gemeinsamen Plane und unter Berücksichtigung aller Folgen vorgegangen wird. Rußland weiß sehr wohl, was es thut: es braucht eisfreie Häfen für seine Flotte und möchte sich das Protektorat über die Pekinger Regierung sichern, um die Bildung gefährlicher Oppositionszentren in dem Ueberbleibsel Chinas zu vereiteln. Der „Temps“ schließt: „Abgesehen von den Verpflichtungen, die unsere Politik Rußland gegenüber eingegangen sein kann und die, wie es scheint, wechselseitig verbindlich sein müssen, da es sich um eine Allianz handelt, abgesehen ferner von der Nothwendigkeit, sich nicht von Rivalen den Rang ablaufen oder ausschließen zu lassen, ist die Frage gestattet, ob es nicht eher im Interesse Frankreichs gelegen wäre, die Zergliederung des Reichs der Mitte zu verzögern, denn zu beschleunigen. Die Umstände — gebieterische, unvermeidliche Umstände, gegen die selbst ein Richelieu nichts vermocht hätte — haben uns befohlen, unseren Antheil in der präliminaren Vertheilung einer Erbschaft zu verlangen, die noch nicht eröffnet ist. Man muß hoffen, daß die „Brosamen“, die wir verlangt und erzielt haben — ein wirklicher Erfolg, für den man unserer Diplomatie Dank wissen muß — mit genügendem Takt und Geschick gewählt worden sind, damit unsere neuen Vortheile nicht nur die Politik der Erhaltung und des uneigennützigen Fortschritts, die wir im äußersten Osten befolgen müssen, nicht gefährden, sondern daß sie uns auch dazu dienen können, diese besser befolgen und sicherer vertheidigen zu können. Wenn man auch ohne Rückhalt die Klugheit zu loben versucht sein könnte, mit der Herr Hanotaux und Herr Dubail eine Bucht im Südosten der wahrscheinlichen Zone der internationalen Stürme und Konflikte gewählt haben, so muß man unter diesem Gesichtspunkte vielleicht in einem gewissen Grade bedauern, daß Frankreich sich nicht gleichfalls dem Golf von Petschili und dem Herzen Chinas genähert und sich so in Stand gesetzt hat, mit Erfolg im Sinne seiner eigenen Interessen an dem großen zukünftigen Kampfe theilzunehmen.“

Vereinigte Staaten von Amerika.

Ein heute früh aus Washington eingetroffenes Telegramm berichtet, daß der Senat gestern den Beschluß gefaßt hat, die Abstimmung über den von der Kommission eingebrachten Bericht, betreffend Kuba, in der heutigen Sitzung bestimmt vorzunehmen. Das „Journal de St. Pétersbourg“ bemerkt zu dem gegenwärtigen Stadium des spanisch-amerikanischen Konfliktes, die Chancen, daß der Krieg vermieden werde, seien zur Stunde recht gering. Man könne gleichwohl nicht sagen, daß die Chancen ganz geschwunden seien, zumal da der amerikanische Senat die Entscheidung ausgesetzt habe. Aber es sei so gut wie sicher, daß, wenn die beiden Kammern die Resolutionen, so wie sie formulirt sind, annehmen, dieses einer Kriegserklärung gleichkommen würde. — Wie in einem Washingtoner Drahtbericht angedeutet ist, verzögert sich die Entscheidung im Senat dadurch, daß die konservative Senatsminorität noch immer bemüht ist, den Senat zum Fallenlassen der eigenen Resolution und zur Adoptirung der Resolution des Repräsentantenhauses zu gewinnen.

Die Verhandlungen im Kongreß.

Die vom Senatsausschuß für auswärtige Angelegenheiten empfohlene Resolution lautet wörtlich folgendermaßen:

Da die entsetzlichen Zustände, welche seit mehr als drei Jahren in Kuba, so nahe unseren Grenzen, bestanden, den moralischen Sinn des Volkes der Vereinigten Staaten verletzt haben, eine Schande für die christliche Zivilisation sind und deren Höhepunkt in der Zerstörung eines Vereinigten Staaten-Schiffes mit seinen 260 Offizieren und Mannschaften während eines freundschaftlichen Besuches im Hafen von Havana gefunden haben, nicht länger geduldet werden können, wie dies von dem Präsidenten in seiner Botschaft vom 11. April auseinandergesetzt worden, auf welche hin der Kongreß zu einer Aktion aufgefordert worden ist — wird deshalb beschlossen: 1. daß das Volk der Insel Kuba von Rechtswegen frei und unabhängig ist und dies sein sollte; 2. daß es die Pflicht der Vereinigten Staaten ist, zu verlangen und die Regierung der Vereinigten Staaten hiermit verlangt, daß die Regierung Spaniens sofort ihre Autorität und Verwaltung in der Insel Kuba aufgiebt und ihre Land- und Seestreitkräfte von Kuba und aus den kubanischen Gewässern zurückzieht; 3. daß der Präsident der Vereinigten Staaten hiermit angewiesen und ermächtigt wird (directed and empowered), die sämmtlichen Land- und Seestreitkräfte der Vereinigten Staaten anzuwenden und in den aktiven Dienst der Vereinigten Staaten die Miliz der verschiedenen Staaten einzuberufen bis zu dem Maße, als es nöthig sein mag, um diese Resolutionen auszuführen.

Die vom Repräsentantenhause mit 322 gegen 19 Stimmen (das Haus besteht aus 357 Mitgliedern) gefaßte Resolution hat dagegen folgenden Wortlaut:

Da die Regierung von Spanien seit drei Jahren auf der Insel Kuba gegen eine Revolution der Einwohner Krieg geführt hat, ohne einen wesentlichen Fortschritt zur Unterdrückung der erwähnten Revolution zu machen und den Krieg in einer dem Völkerrecht widersprechenden Weise mit unmenschlichen und unzivilisirten Methoden geführt und dabei den Tod von 200 000 unschuldigen Nichtkombattanten, meist hülfloser Frauen und Kinder, durch Hunger verursacht hat; da sie den Handelsinteressen der Vereinigten Staaten unerträglichen Schaden verursacht hat, wobei Leben und Eigenthum vieler unserer Bürger zerstört und die Verausgabung von Millionen Geld zur Bewachung unserer Küsten und der hohen See wegen der Aufrechterhaltung unserer Neutralität verursacht worden sind; da diese lange Liste von Verlusten, Schädigungen und Lasten, für die Spanien verantwortlich ist, in der Zerstörung des Ver. Staaten Kriegsschiffes „Maine“ im Hafen von Havana und in dem Tode von 260 unserer Seeleute gegipfelt hat — so wird beschlossen, daß der Präsident hiermit autorisirt und angewiesen (authorized and directed) wird, sofort einzuschreiten, um den Krieg in Kuba zu beenden und zum Zwecke der Sicherung beständigen Friedens und der Ordnung, sowie zur Herstellung einer stetigen unabhängigen eigenen Regierung auf der Insel Kuba durch die freie Aktion des Volkes derselben, und der Präsident wird hiermit autorisirt und ermächtigt (authorized and empowered), die Land- und Seestreitkräfte der Vereinigten Staaten anzuwenden, um den Zweck der Resolution auszuführen.

Wie man sieht, ist der Wortlaut der Resolutionen beider Häuser in manchen Beziehungen verschieden. Der Senatsausschuß erklärt sich für die Unabhängigkeit der Insel Kuba, das Haus verlangt nur eine unabhängige Regierung, also Homerule im weitesten Sinne des Wortes. Der Senatsausschuß will den Präsidenten „anweisen und ermächtigen“, zur Durchführung seiner Forderungen Krieg zu führen, das Haus autorisirt und weist den Präsidenten nur an, zu interveniren, um den Frieden herzustellen und eine unabhängige Regierung zu errichten; in zweiter Linie autorisirt und „ermächtigt“ er den Präsidenten, zur Durchführung der beiden erweiterten Punkte einen Krieg zu beginnen. Der Senatsausschuß verlangt die sofortige Anwendung von Gewaltmaßregeln, das Haus überläßt es der Diskretion des Präsidenten, wenn er Gewalt anwenden will. Diesen Unterschied zwischen „anweisen“ und „ermächtigen“ hat Mac Kinley, wie es scheint, benutzen wollen, um den Ausbruch des Krieges zu verschieben.

Ein New-Yorker Mitarbeiter des „Daily Chronicle“ spricht sich über den Bericht des Senatsausschusses für auswärtige Angelegenheiten in folgender Weise aus: „Dieser Bericht ist ein literarisch, wie juristisch hervorragendes Schriftstück. Er hat gewaltigen Eindruck auf den Kongreß gemacht. Der Verfasser ist Senator Davis von Minnesota, der Vorsitzende des Ausschusses. Die beißende gegen Spanien erhobene Anklage und die Behandlung der Vernichtung der „Maine“ stehen in schroffem Gegensatze zur farblosen Botschaft des Präsidenten Mac Kinley. Abgesehen von der Beschuldigung, daß spanische Beamte für den Untergang der „Maine“ verantwortlich sind, wird die Bezugnahme auf die Monroe-Lehre in Europa Aufmerksamkeit erregen. Der Ausschuß ergreift offenbar Gelegenheit, der Welt zu zeigen, daß der Monroeismus am Leben ist. Er geht in der Richtung weiter, als man die Lehre bisher aufgefaßt hat. Die Erklärung des Ausschusses, daß der Versuch Spaniens, Kuba mit Spaniern zu bevölkern, ebensowenig geduldet werden könne, als wenn Spanien irgendwo auf der westlichen Halbkugel eine neue Kolonie gründen wolle, geht weiter, als der frühere Staatssekretair Olney je gegangen ist. Nicht weniger weitgehend ist die Behauptung des Ausschusses, daß die Monroe-Lehre von der Zeit an, wo sie verkündigt wurde, die europäischen Mächte vom amerikanischen Kontinent ferngehalten habe. Der Zweck des Ausschusses scheint zu sein, jeden Versuch europäischer Vermittlung von vornherein von der Hand zu weisen.“

Preßkundgebungen und Stimmung der Bevölkerung.

Am stärksten wüthet das Kriegsfieber in den westlichen und südlichen Staaten. In den mittleren und östlichen Staaten ist die Stimmung gemäßigter. In Boston und den Neu-England-Staaten hat die Friedenspartei noch immer die Oberhand. Innerhalb der letzten drei Wochen hat die amerikanische Marine einen Zuwachs von 53 Schiffen, großen und kleinen, erhalten. Als Ambulanz-Schiff wird der „Solace“ ausgerüstet. Zeitungsberichterstatter werden auf dem Schiffe nicht geduldet werden. Generalmajor Merritt hat die Befestigungen am östlichen Arme des Hudson und auf Long Island besichtigt und erklärt, daß sie zum Schutze der Stadt New-York genügten. Der „New York Herald“ warnt übrigens davor, die Stärke Spaniens zu unterschätzen. Die Vereinigten Staaten dürften sich nicht auf einen militairischen Spaziergang gefaßt machen. Ueberdies beginne die ungesunde Regenzeit auf Kuba. Sowohl der „New-York Herald“, wie die „Evening Post“ widmen den Mängeln der militairischen Organisation der Vereinigten Staaten freimüthige Aufsätze. Prahlen sei nicht am Platze, meint die „Evening Post“. Man müsse nicht glauben, daß man eine Insel mit einer Million Einwohnern mit einem Expeditionkorps zu pazifiziren vermöge. Dies würde wahrscheinlich von Krankheiten dezimirt werden und in Bälde auf die Stärke einiger europäischen Kompagnieen zusammenschrumpfen.

Unter der Ueberschrift: „Das Unglück eines Kriegs“ schreibt die „New-Yorker Staats-Zeitung“: „Als Tweed und seine Bande ihre Korruptionsorgien feierten, gab es Leute, welche sagten: „Well, es ist schlimm, aber die Sippe bringt wenigstens Geld unter die Leute.“ Mit der Frage, wo das Geld herkomme, beschäftigten sich Diejenigen nicht, welche so schwatzten; ebensowenig mit den demoralisirenden Folgen solcher Schandwirthschaft. Jetzt wieder kann man hören: Ein Krieg wird das Geschäft beleben, die Regierung wird Käufer sein zum Betrag von vielen Millionen und die Zahl der Arbeitslosen wird vermindert durch Die, welche für die Regierung arbeiten, oder in die Armee und Flotte eintreten. Und wer wird bezahlen, was die Regierung ausgiebt? Wer anders, als die Bürger, direkt oder indirekt, ob nun das Geld gleich durch Steuern aufgebracht wird oder durch Anleihen. Die Steuerkraft aber wird geschwächt durch die finanzielle Schwächung Aller, welche nicht gerade für die Regierung arbeiten. Und wie Wenige sind es von den Letzteren im Vergleich mit Denen, deren Beschäftigung gestört wird durch den Krieg! Man sehe sich nur um in der Geschäftswelt, wie dort jetzt schon der Unternehmungsgeist erlahmt ist und jeder Fabrikant sich nur auf den nächsten Bedarf einrichtet und jeder Händler sich nur das Nöthigste einlegt. Ein größerer Krieg würde allerdings zur Bereicherung von einer Anzahl Lieferanten führen und solche mögen durch Befriedigung ihrer luxuriösen Neigungen Geld unter die Leute bringen. Im Uebrigen wird dies nur zur Erweiterung der Kluft zwischen Arm und Reich beitragen. Während des großen Bürgerkrieges bildete sich hier erst die Geldaristokratie und das Proletarierthum aus, welche die „soziale Frage“ auch in dieses Land gebracht haben. Der Nationalwohlstand kann durch einen Krieg nicht vermehrt werden, höchstens kann dies mit dem Wohlstand einer Klasse geschehen. Ein Krieg kann der Produktion und dem Verbrauch einer Nation nicht zu Statten kommen. Was nun die Verbesserung von Löhnen, dadurch, daß Arbeitskräfte dem Arbeitsangebot entzogen werden, betrifft, so hält es für Arbeiter immer schwer, sich Lohnerhöhungen zu verschaffen; um so schneller geht es mit Lohnverminderungen, wenn das Arbeitsangebot zunimmt. Letzteres geschieht, wenn ein Krieg zu Ende ist und Armee und Flotte ihre Leute wieder in den Arbeitsmarkt abgeben. Da gleichzeitig die Regierung als Käuferin aus dem Waarenmarkt verschwindet, so kann dieser nur unter gewaltigen Erschütterungen wieder ins normale Geleis kommen. Die Löhne werden unter dem größeren Arbeitsangebot und der geringeren Nachfrage nach Waaren viel rascher stürzen, als sie während des Kriegs hinaufgegangen sind. Arbeiter, wenn sie höhere Löhne erhalten und sich daran gewöhnt haben sollten, werden nach dem Kriege übler als zuvor daran sein, namentlich wenn noch Geldverschlechterung dazu gekommen sein und die Kaufkraft der Löhne vermindert haben sollte. Das war der Entwicklungsgang während des Bürgerkriegs und so würde es sicherlich wieder kommen, nur um so schneller, weil auf wirthschaftlichem Gebiet sich überhaupt Alles immer rascher entwickelt.“

Das amerikanische Landheer.

Ein Armeebefehl ist erlassen worden, durch welchen acht Regimenter Infanterie nach New-Orleans, sieben nach Mobile und sieben nach Tampa, ferner sechs Regimenter Kavallerie sowie alle leichten Batterieen und alle Artillerieregimenter bis auf zwei nach Chikamanga beordert werden. Durch den Befehl werden etwa 20 000 Mann in Marsch gesetzt. Die genannten Ortschaften liegen in den Küstengebieten der Staaten Louisiana, Alabama und Florida, welche den Golf von Mexiko nördlich umsäumen.

Nach der Verfassung giebt es in den Vereinigten Staaten zwei Arten von Streitkräften, die regulairen Truppen und die Milizen. Das Recht, regulaire Truppen zu halten, steht der Union und den Einzelstaaten zu; den letzteren freilich nur in Kriegszeiten, vorbehaltlich der Befugniß des Kongresses Stärke und Art der Aushebung zu bestimmen. Die Art der Aushebung ist in Friedenszeiten bei der Kleinheit der erforderlichen Truppenzahl — 30000 Mann Landtruppen, 7500 Matrosen (ohne Offiziere), 1500 Marinesoldaten — die freie Anwerbung. In Kriegszeiten genügt sie natürlich nicht; man ist deshalb im Bürgerkriege zur Zwangsaushebung übergegangen und hat selbst die Eingewanderten im Alter von 20—45 Jahren, die das Bürgerrecht zu erwerben beabsichtigten, für konskriptionsfähig erklärt. Die Milizen dagegen bestehen nur als Truppenmacht der Einzelstaaten, die sie nicht ausdrücklich, aber nach dem Geiste der Verfassung zu halten verpflichtet sind, die sie nach den Vorschriften des Kongresses organisiren, bewaffnen, ausbilden und mit Offizieren versehen. Sie dürfen nur in drei Fällen der Union zur Verfügung gestellt werden: zur Durchführung der Bundesgesetze, zur Unterdrückung von Aufständen gegen die Bundesregierung und zur Abwehr eines feindlichen Einbruches.

An der Spitze des stehenden Landheeres stehen 9 kommandirende Generale, 3 mit dem Rang eines Majorgenerals und 6 mit dem eines Brigadiergenerals, und 10 weitere Brigadiergenerals für besondere Militairdienstzweige. Es setzt sich zusammen aus zehn Kavallerieregimentern mit 447 Offizieren und 6010 Mann, fünf Artillerieregimentern mit 290 Offizieren und 3934 Mann, 25 Infanterieregimentern mit 910 Offizieren und 12 871 Mann, endlich aus 1 Pionierbataillon, den Sanitätstruppen u. s. w. mit 532 Offizieren und 2538 Mann, im Ganzen also aus 2179 Offizieren und 25 353 Mann. Die Landmiliz besteht (1. Januar 1898) aus 1391 Generalen und Generalstabsoffizieren, 5290 Mann Kavallerie, 4906 Mann Artillerie und 101 873 Mann Infanterie, im Ganzen also aus 113 460 Mann, während 116 125 Mann durch die einzelnen Staaten kontingentirt sind (in einigen Staaten ist die Stärke unbegrenzt) und auf den Listen 10 139 788 Milizpflichtige geführt werden, die im Ernstfalle sämmtlich aufgeboten werden können.

Die amerikanische Flotte verglichen mit der spanischen.

Die „Times“ wägt in einem Aufsatze eingehend die Flottenstärke der Vereinigten Staaten und Spaniens ab. Das Blatt faßt die Lage wie folgt zusammen: „An der atlantischen Küste der Vereinigten Staaten versammeln sich zwei Geschwader, eines auf der Rhede von Hampton (Virginien) und eines vor Key-West. Das erstere, soeben nach Hampton-Roads von einer Uebungsfahrt zurückgekehrt, trägt den Namen „Das fliegende Geschwader“. Es besteht aus den Schiffen „Brooklyn“ (Flaggschiff), „Massachusetts“, „Texas“, „Columbia“ und „Minnesota“. Der Umstand, daß solche langsamen, die Bewegung hemmenden Schiffe, wie die „Massachusetts“ und „Texas“, dem Geschwader angehören, scheint anzudeuten, daß die Anordnung nur zeitweilig ist. Das Key-West-Geschwader besteht aus den Schiffen „New York“ (Flaggschiff), „Iowa“, „Indiana“, „Cincinnati“, „Detroit“, „Marblehead“, „Montgomery“, „Nashville“ und „Wilmington“. Außerdem besitzt es drei Monitors, eine Torpedobootsflottille und mehrere kleine Fahrzeuge. Zu diesem Geschwader soll noch die „Oregon“ vom Stillen Ozean stoßen. Diese kann aber vor dem 1. Mai nicht in Key-West eintreffen. Die „San Francisco“ und „New Orleans“ segeln von Halifax, wo sie am letzten Montag von England eintrafen, nach Key-West und die „Helene“ von Bermuda. Key-West liegt etwa 100 englische Meilen nördlich von Havana. In kubanischen Gewässern hat Spanien nur einige Kreuzer zweiter Klasse und einige Kanonenboote. Der stärkste dieser Kreuzer ist der „Alfonso XII.“. Die mit Torpedos ausgerüsteten Kanonenboote möchten in der Hand entschlossener Seeleute einer blockirenden Flotte ein Dorn im Fleische sein. Die Hauptmacht der spanischen Marine liegt noch in dem fast 3500 englische Meilen von Havana entfernten Cadiz, vielleicht weil einige Schiffe noch nicht völlig fertig sind, in See zu stechen. Dieses Geschwader besteht aus den Schiffen „Pelayo“, „Carlos V.“, „Prinzessa de Asturias“, „Alfonso XIII.“, „Lepanto“ und einer großen Torpedoflottille. Das zweite spanische Geschwader versammelt sich wahrscheinlich bei den Kap Verdischen Inseln, fast 3000 engl. Meilen von Puerto Rico entfernt. Es ist müßig, darüber zu spekuliren, wie gerade die beiden Flotten im Falle eines Krieges vorgehen würden. Spanien wird aber jedenfalls versuchen müssen, seinen Kolonieen Hülfe zu bringen, falls ihnen die amerikanischen Kreuzer die Zufuhren abschneiden. Einen wichtigen Faktor bildet die Kohlenzufuhr. Ohne Zweifel giebt es Kohlen genug auf Kuba und Portorico für die spanischen Schiffe, wenn sie dorthin gelangen, während die Amerikaner nach gewissen kleinen, wenig benutzten Häfen auf San Domingo und St. Thomas Kohlenschiffe aussenden wollen, um ihren Kohlenvorrath zu erneuern. Die Amerikaner beabsichtigen in der That, an den passendsten Punkten sekundaire Bahnen für ihre Operationen anzulegen. Man darf nicht vergessen, daß sich ein drittes amerikanisches Geschwader in chinesischen Gewässern versammelt. Es soll aus der „Olympia“, der „Baltimore“, dem „Raleigh“, der „Boston“ und der „Concord“ bestehen. Die Vereinigten Staaten haben auch in Honkong zwei Kauffahrteischiffe als Tender für das Geschwader gekauft, welches wahrscheinlich gegen die Philippinen operiren soll. Spanien hat bei den Philippinen einen gedeckten und mehrere andere Kreuzer und etwa 20 Kanonenboote.“

Spanien und Kuba.

Aus Madrid wird berichtet, daß die Subskription für die Vermehrung der Flotte bereits den Betrag von drei Millionen Pesetas erreicht habe.

Das kubanische Ministerium hat an die Königin-Regentin eine Adresse gerichtet, in welcher es seine bedingungslose Mitwirkung zur Vertheidigung der Rechte Spaniens, der Freiheiten und der Wiedergeburt Kubas anbietet. In der Adresse heißt es ferner, das kubanische Volk erkenne das Mutterland an und werde stets an dessen Seite sein, um selbst um den Preis jeglicher Opfer die Ehre und die Souverainetät der Nation und die freien Institutionen der Kolonie aufrecht zu erhalten.

Ein Bericht der „Times“ aus Kuba vom 2. April lautet dahin, Jedermann, Spanier wie Ausländer, sei der gegenwärtigen Lage so satt, daß man den Krieg mit den Vereinigten Staaten als eine willkommene Aenderung betrachten würde, wiewohl die Spanier sich sagen, daß auf die Dauer der Krieg verhängnißvolle Folgen für sie haben müsse. Zahlreiche Familien verlassen die Insel, und namentlich in den letzten zehn Tagen war der Auszug bedeutend. Alle Geschäfte liegen darnieder, Niemand wagt, noch etwas zu unternehmen. Die Schifffahrtsagenten fürchten, wenn sie Schiffe frachten, würden diese beim Ausbruch eines Krieges weggenommen oder in einem kubanischen Hafen blockirt; wenn man daher noch Frachtgelegenheit findet, muß man hohe Sätze bezahlen. Die einzigen Leute, die bei den jetzigen Umständen ihr Auskommen finden, sind die Armeelieferanten und eine Anzahl Offiziere, die aus dem Dienst entlassen würden, wenn der Friede gesichert würde. Indem wir dem Bericht weiter folgen, finden wir die Feststellung, daß die von Spanien bewilligte Autonomie eigentlich nicht als populair bezeichnet werden kann; möglicherweise würde der Rückzug der spanischen Truppen die Auffassung bessern. Für den Augenblick jedoch wollen diese Truppen durchaus den Krieg mit den Vereinigten Staaten, während für die Insel der Friede dringend nothwendig ist; wie er auch herbeigeführt werden möge, er muß innerhalb drei Monaten hergestellt sein, wenn Kuba vor dem gänzlichen Ruin gerettet werden soll. In den Juni, Juli und August fällt die Hauptarbeit auf den Zuckerrohrfeldern, wo die Ernte vorbereitet werden muß, weshalb die Pflanzer sehnlich wünschen, bis dahin den Frieden gesichert zu sehen. Mittlerweile werden die Vorbereitungen zum Kriege eifrig betrieben. Am 31. März Abends beschied Marschall Blanco die höhern Offiziere der Freiwilligenregimenter nach dem Palast, wo er ihnen die Lage erklärte und die Bataillonskommandeure aufforderte, ihre Leute zu möglichster Kriegstüchtigkeit auszubilden, auch die Werbungen eifrig zu betreiben. Diese Freiwilligenregimenter bestehen nur aus Spaniern, da die Kubaner vom Heeresdienst gänzlich befreit sind; auf den Listen der Freiwilligenregimenter Kubas werden gegenwärtig etwa 45 000 Mann geführt.

Aus dem **nördlichen Schleswig** wird uns geschrieben:

Der Erlaß des Staatsministeriums an die Oberpräsidenten der Provinzen mit gemischt-sprachlicher Bevölkerung hat hier unter der deutschnationalen Bevölkerung große Befriedigung hervorgerufen. Nicht nur betrachtet man den Erlaß allgemein als „ein Wort, geredet zu seiner Zeit“, sondern erkennt darin gleichzeitig eine kräftige Unterstützung der Unternehmungen vaterländisch gesinnter Männer, die nicht immer die wünschenswerthe Anerkennung zu finden meinten.

Im Sinne des Erlasses wirkte hier bisher der „Deutsche Verein für das nördliche Schleswig“. Seine Aufgabe fand er darin, die Bevölkerung nicht als solche, soweit sie dänisch ist, zu bekämpfen, sondern nur gegen die Auswüchse der Agitation Front zu machen, gegen die maßlosen Ausfälle der dänischen Presse, die geschäftliche Schädigung deutscher Staatsbürger, welche Platz griff, weil sie nur an patriotischen Festen theilnahmen, flaggten u. s. w.

Mit Recht betont der Erlaß die Pflichten speziell der Lehrer in den zweisprachigen Bezirken. Leider ist die Regelung der Besoldung hier im nördlichen Schleswig theilweise so erfolgt, daß sie für eine wirksame Thätigkeit in der in dem Ministerialerlaß gekennzeichneten Weise zum Hemmniß werden kann. Vor allen Dingen ist nämlich gründliche Kenntniß aller Verhältnisse nöthig. Ein junger Lehrer hat diese selten. Bei den meistens weit hinter den Gehältern der holsteinischen Kollegen zurückbleibenden hier festgesetzten Sätzen droht ein beständiger Wechsel, abgesehen davon, daß der Lehrer, der im nationalen Sinne thätig sein soll, von der Bevölkerung möglichst wirthschaftlich unabhängig sein muß. Die letztere Wahrheit hat auch die dänische Presse eingesehen und überall zu verhindern gesucht, daß über die Minimalsätze hinausgegangen würde. Dieses Abmahnen seitens der dänischen Presse ist leider nicht ohne Erfolg geblieben. Gemeinden, die vorher höhere Alterszulagen bewilligt hatten, haben später bei einer wegen vorgekommener Formfehler erfolgten Umregulirung nur die Minima angenommen, und zwar in der ausgesprochenen Absicht, für die Lehrer der deutschen Schule nicht einen Pfennig mehr zu geben als nöthig. Dabei erwächst der Arbeit der Lehrer an utraquistischen Schulen manche Schwierigkeit, die man bei einsprachigen Schulen nicht kennt, aus welchem Grunde allein schon die tüchtigsten Elemente hierher gezogen werden sollten.

Man schreibt uns aus **Wien**, den 15. d. Mts.:

Hier tagt gegenwärtig eine Exportenquete, an welcher nebst den Vertretern des Handels und der Industrie auch Vertreter des Ministeriums des Aeußern, des Handelsministeriums, des Ministeriums des Innern, der Statthalterei und der Kommune theilnehmen. Man sieht, daß es sich dabei um eine weiter ausholende Aktion handelt. Von allen Seiten wird jetzt der Ruf nach Hebung des Exports zur Stärkung der heimischen Industrie und des Handels laut, man möchte gerne die Versäumnisse langer Jahre wenigstens theilweise gut machen und in dem Wettbewerb der Staaten nicht ganz abseits stehen. Die Regierungsgewalt möchte sich mit der so sehr geschwächten Industriemacht zu gemeinsamem Vorgehen vereinigen, um nicht, wie bisher, sich gegenseitig die Schuld an den mißlichen Verhältnissen beizumessen. Ein Fortschritt gegen früher ist es schon, daß man wenigstens den Niedergang des Handels und der Industrie zugesteht, was man immer gerne bestritten hat. Es hieß immer, die Kaufleute und Industriellen seien gewöhnt, stets zu klagen, die statistischen Ausweise lieferten die gegentheiligen Beweise. Noch vor Kurzem äußerte sich zu uns eine Persönlichkeit, welche der staatlichen Vertretung der handelspolitischen Interessen nahesteht, die Indolenz wie der Mangel an Unternehmungsgeist der österreichischen Handelswelt allein verschuldeten die unbefriedigende Lage der Industrie und deren geringe Exportfähigkeit. Man überlasse alle Sorgen der Regierung und verlange, daß diese Wunder wirke. Das österreichische Konsularkorps, das auch für die Förderung des Handels zu wirken habe, könne sich an Tüchtigkeit und Pflichterfüllung mit dem eines jeden Staates messen, und die Vorwürfe, welche seitens der Industriellen gegen dasselbe erhoben würden, seien völlig ungerechtfertigt. Den Industriellen mangele es an der nöthigen Initiative, an dem weitblickenden Unternehmungsgeist. In dem Generalreferat, das in der Enquete erstattet wurde, erklären dagegen die Industriellen, daß die Schuld nicht an ihnen liege, sondern an den ungünstigen Verhältnissen, unter denen sie produziren müssen. Sie hätten zu hohe Steuern, zu theures Rohmaterial, zu theure Frachten, ungenügende Verkehrsanstalten, einen nicht genügend entwickelten Kaufmannsstand, Konsulate, die ihrer Aufgabe nicht gewachsen seien. Man bezeichnete all Das als Schlagworte und entgegnete den Industriellen von maßgebender Seite, daß sie indolent seien und daß es ihnen darum schlecht gehe. An der Hand von Vergleichen der Bedingungen, unter welchen ein deutscher und ein österreichischer Fabrikant arbeiten, wird nun nachgewiesen, wie sehr die österreichische Industrie der deutschen gegenüber sich im Nachtheile befindet. Ein wichtiges Moment bildeten auch die Steuern und die damit in Verbindung stehende allgemeine Belastung der Industrie. Was nun die Ertragsbesteuerung der Industrie anlangt, komme zunächst in Betracht, daß die allgemeine Erwerbsteuer für Oesterreich mit 17 732 000 fl. kontingentirt wurde, dagegen die Gewerbesteuer für Preußen mit 19 811 359 ℳ. Hierbei ist zu berücksichtigen, daß der österreichischen allgemeinen Erwerbsteuer nur jene Betriebe unterworfen sind, welche sich in Händen von Privatpersonen befinden, während die preußische Gewerbesteuer auch die Aktiengesellschaften umfaßt, demnach auf eine viel breitere Basis gestellt erscheint. Der Belastung eines österreichischen Betriebes mit 2500 fl. entsprechen in Preußen eine Steuerlast von 300 ℳ im Durchschnitte, im Maximum von 480 ℳ, und eine Aktiengesellschaft mit 2 Millionen Grundkapital und 100 000 fl. Jahreserträgniß ist in Oesterreich mit 10 500 fl., in Preußen mit 2050 fl. belastet. Bei einem Vergleiche der Steuerbelastung der Reichshauptstädte Wien und Berlin ergiebt sich eine Steuerbelastung an sämmtlichen direkten und indirekten Abgaben auf den Kopf der Bevölkerung umgerechnet für Wien in der Höhe von 71,88 Gulden, für Berlin eine solche von 41,97 Mark oder 25,18 Gulden. Diese Ziffern sprechen jedenfalls zu Gunsten des Standpunktes der Industriellen. Es werden noch weitere bedeutende Schäden angeführt, welche der österreichischen Industrie anhaften und deren Entwicklung hemmen, und auch darauf hingewiesen, daß das Studium der ausländischen Märkte und die auf denselben beruhende Kenntniß ihres Bedarfes, ihrer Geschmacksrichtung bei uns in den Kinderschuhen liegen. Wenige unserer Industriellen kennen ein fremdes Absatzgebiet aus eigener Anschauung, gering sei die Zahl Derer, welche das Ausland bereisen lassen, und zwar nicht etwa bei exotischen Ländern, in denen ein österreichischer Reisender zu den seltenen Gästen gehört, sondern auch die sogenannten natürlichen, näher gelegenen Absatzgebiete Oesterreichs. Es ist gewiß keine leichte Aufgabe für die Regierung, so vielen Uebelständen abzuhelfen und dem Export neue Absatzgebiete zu eröffnen. Jedenfalls aber erscheint es dringend nothwendig, daß auch die Industrie selbst im Vertrauen auf ihre eigene Kraft einen entschiedenen Anlauf nimmt, um mit der entsprechenden Unterstützung und Anregung der Regierung zu einem besseren Ziele zu gelangen. Es muß mit dem kleinlichen Geiste bei uns, der sich leider allüberall äußert, endlich aufgeräumt werden, damit einer weit ausblickenden Reformthätigkeit Raum geschaffen werde. Nur dann wäre es möglich, bei